

Protokoll:

Die Vorsitzende schlägt der Übersichtlichkeit halber vor, die Seiten des Teilhaushaltes Kultur einzeln durchzugehen, um eine Übersicht zu bewahren

RM Bourry stellt eine Frage zum Ergebnishaushalt (S. 576/Zeile 15) und dem beachtlichen Unterschied der Werte für 2021 und 2022. Sie fragt, ob das Programm Neustart Kultur hierfür verantwortlich sei. Die Ausschussvorsitzende bestätigt dies.

RM Balmes fragt nach der Verortung der Förderung der „Musikfreunde St. Beatus“

Hr. Karbach weist darauf hin, dass die Ziffer im Produkt Musikpflege in Zeile 12 „Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen“ zu finden sei.

Am Thieltges bittet für das Protokoll um eine ergänzende Liste der bezuschussten Koblenzer Chöre (Seite 573) und um die Aufschlüsselung der Höhe der einzelnen Zuwendungen. Die Ausschussvorsitzende erklärt der Bitte nachzukommen.

RM Bourry erkundigt sich zur Position „Personalkosten“ mit Blick auf die in den Erläuterungen (Seite 577) genannte „Kulturlotse:in“, ob diese Stelle besetzt worden sei. Hr. Karbach berichtet, dass aktuell eine Werkstudentin diese Stelle innehat und nach Abschluss ihres Bachelorstudiums Aussicht auf Übernahme in besagter Funktion habe. RM Bourry fragt nach, ob keine Ausschreibung erfolgt sei oder noch erfolge. Hr. Karbach erklärt, diese Entscheidung läge bei Amt 10 (Amt für Personal und Organisation).

AM Dr. Freisberg erkundigt sich nach den Gründen für die Unterschiede des „Saldo aus internen Leistungsbeziehungen“ (Seite 576/Zeile 22) zwischen 2021 und den Folgejahren.

Hr. Karbach erklärt, bei dieser Ziffer handele es sich um eine Verrechnungsposition vom ZGM (Zentrales Gebäudemanagement). Die Ziffer liege nicht im Verantwortungsbereich von Amt 40 (Kultur- und Schulverwaltungsamt). AM Dr. Freisberg wünscht dennoch eine Erklärung zu den Unterschieden. Hr. Karbach sagt zu, beim entsprechenden Fachamt um die Kostendifferenzierung zu bitten und Herrn Kroh um entsprechende Mitteilung an die Fraktionen.

RM Schumann-Dreyer bittet darum, die Antwort bis zu den Etatberatungen vorliegen zu haben.

Auch RM Altmaier bittet um zeitnahe Beantwortung.

RM Altmaier nimmt Bezug auf einen Brief der Kulturfabrik an die Ratsmitglieder und erkundigt sich nach einer Möglichkeit, die im Haushalt 2022 verankerten 10.000 Euro für die Kulturfabrik im Zusammenhang mit einem möglichen Einbau eines Aufzugs an die Kulturfabrik auszahlen zu können, auch wenn der Aufzug im laufenden Jahr noch nicht eingebaut würde. Hr. Karbach weist darauf hin, dass eine solche Umwidmung politisch beschlossen werden müsse. RM Altmaier schlägt in diesem Zusammenhang vor, die Verwaltung solle für den nächsten Haupt- und Finanzausschuss einen entsprechenden Beschluss vorbereiten. RM Bourry signalisiert die Bereitschaft ihrer Fraktion ggf. einen entsprechenden Antrag, gerne auch gemeinsam mit anderen Fraktionen, zu stellen.

RM Thieltges fragt, ob eine Empfehlung des Kulturausschusses für eine entsprechende Umwidmung sinnvoll sei. Hr. Karbach weist auf die Sinnhaftigkeit der zweckgebundenen Einstellung von 10.000 Euro für die Folgekosten eines möglichen Aufzugs hin. Die Ausschussvorsitzende signalisiert im Sinne des Ausschusses verwaltungsintern eine Lösung zu suchen. Sollte diese nicht gefunden werden, werde man den Ausschuss entsprechend informieren.

RM Bourry erkundigt sich zur Ziffer „Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit“ 2021 (Seite 586/Zeile 16) und die deutlich höhere Summe im Vergleich zu den Planwerten für die Folgejahre.

Fr. Ott erklärt, dass Zuwendungen, die im laufenden Jahr der Stadtbibliothek zugutekommen, nicht vorher als Planwerte eingestellt werden könnten.

RM Altmaier erkundigt sich zum in der Erläuterung (Seite 587) genannten veränderten Besucheraufkommen auf Seite und fragt nach, ob dieses mit einer möglicherweise mangelnden Attraktivität der Medien Zusammenhänge und ob eine Aufstockung des Etats zur Beschaffung von Medien erforderlich sei. Fr. Ott erklärt, dass das Besucheraufkommen im laufende Jahr unter erleichterten Pandemie-Bedingung grundsätzlich positiv zu bewerten sei, vor allem mit Blick auf die Wiederaufnahme von Veranstaltungen. Grundsätzlich freue man sich immer über höhere Etats, sei aber in der jetzigen Situation realistischer Weise mit einem gleichbleibenden Etat zufrieden.

RM Bourry erkundigt sich nach der Anzahl der Auszubildenden bezüglich der Erläuterungen (Seite 588) zu Zeile 14 „Sonstige Laufende Aufwendungen“. Fr. Ott berichtet über aktuell vier Auszubildende in der Stadtbibliothek.

AM Thieltges fragt nach, ob in der VHS eine moderate Gebührenanhebung geplant sei, und wann die letzte Anhebung gewesen sei. Fr. Kuprian berichtet von einer letztmaligen Anhebung der Gebühren im Jahr 2016. Zudem sei eine Gebührenanhebung für Teilnehmende immer auch an eine Anhebung der Dozent:innenhonorare gebunden. Dies sei auch sinnvoll. Sie schließt eine Erhöhung der Beiträge zum jetzigen Zeitpunkt aus, da die Gefahr schwindender Teilnehmendenzahlen hoch sei, mit entsprechendem Risiko noch geringerer Einnahmen für die VHS.

RM Bourry erkundigt sich nach dem angelaufenen Zertifikat für das Leitbild der VHS (Seite 591).

Fr. Kuprian erklärt, dass die Angaben zur Befristung des Zertifikats veraltet seien. Das Zertifikat sei inzwischen bis zum 30. Mai 2025 verlängert. RM Bourry fragt nach dem Ratsbeschluss von 2012. Dieser sei mittlerweile zehn Jahre alt. In jüngerer Vergangenheit sei auch über Gespräche mit dem Oberbürgermeister über die Ausrichtung der VHS berichtet wurde. Sie erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand. Fr. Kuprian erklärt, dass der Ratsbeschluss nach wie vor gelte.

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass die Bedeutung der VHS mit ihren bewährten und verlässlichen Strukturen in den vergangenen Jahren allseits steigende Anerkennung gefunden habe. Die VHS Koblenz habe auf die pandemischen Herausforderungen und im laufenden Jahr auf die Folgen des Ukraine-Kriegs mit dem Angebot an Sprachkursen und der Beteiligung an der Exil-VHS exzellent reagiert.

RM Thieltges erkundigt sich zu den prognostizierten Teilnehmendenzahlen und einem gewissen Widerspruch zu den Erläuterungen (Seite 593), wonach eine Normalisierung der Zahlen zunächst nicht zu erwarten sei. Die Ausschussvorsitzende weist auf die noch laufende Konsolidierungsphase im Rahmen der ausklingenden Pandemie hin. Vor allem die Resonanz der älteren Zielgruppe müsse noch abgewartet werden. Dennoch sei die VHS gefordert, mit ambitionierten Zielen den Blick auf die kommenden Jahre zu richten.

RM Artz würdigt den Ausbau von Angeboten für Senior:innen in der Musikschule. Die Zahl von im nächsten Jahr fünf zusätzlich erwarteten Teilnehmenden (Seite 599) komme ihr dagegen gering vor.

Hr. Grimm berichtet über einen erfolgreichen Start des Veeh-Harfen-Projekts und eine wachsende Zahl an Teilnehmenden. Damit werde voraussichtlich der Planwert im kommenden Jahr übertroffen.

RM Thieltges erkundigt sich nach dem Sachstand der Akustikmaßnahmen im Rahmen der abgeschlossenen Kellersanierung (Seite 601). Hr. Grimm berichtet von einer anstehenden technischen Prüfung. Das Ergebnis gebe Auskunft, ob weitere Maßnahmen erforderlich seien. Der laufende Unterrichtsbetrieb in den neuen Räumlichkeiten sei davon aber nicht tangiert.

RM Schumann-Dreyer erkundigt sich, ob die „Soziale Musikschule“ die Räumlichkeiten inzwischen nutze. Hr. Grimm erklärt noch keine Anfrage von dieser Seite erhalten zu haben.

Die Ausschussvorsitzende berichtet, im Gespräch mit Hr. Reinhardt immer wieder auf die Möglichkeit der Nutzung der Musikschule hinzuweisen. Dies sei aus ihrer Sicht eine sehr gute Lösung, allerdings prüfe der Verein wohl weitere Optionen. Hr. Grimm weist darauf hin, verschiedene Kooperationspartnern in der Musikschule Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Auch der Aufnahme der „Sozialen Musikschule“ stehe er offen gegenüber, allerdings gebe er zu bedenken, dass die Auslastung des Gebäudes inzwischen schon hoch sei.

Hr. Schmidt erkundigt sich nach der Akzeptanz der Artothek von Mittelrhein-Museum und Stadtbibliothek und der anfallenden Kosten. Hr. Dr. von der Bank und Fr. Ott weisen darauf hin, dass es sich bei der Artothek um ein weiteres Angebot im Sinne eines niederschweligen Zugangs zu Kunst handle, aber nicht um ein neues Produkt, das extra im Haushalt ausgewiesen werde. Die anfallenden Personalkosten wurden über den laufenden Haushalt gedeckt. Die Verantwortlichen planen im kommenden Frühjahr eine erste Bilanz zu ziehen. Schon jetzt lasse sich aber reges Interesse an der Artothek feststellen, neben der Ausleihe von Werken sei es vereinzelt auch schon zu Verkäufen gekommen. Die Ausschussvorsitzende ruft in Erinnerung, dass es sich bei der Einrichtung der Artothek um eine Maßnahme zur akuten Unterstützung der lokalen und regionalen Kunstszene zu Hochzeiten der Pandemie gehandelt habe, die aber auch darüber hinaus als attraktives Angebot Bestand haben werde.

AM Thieltges erkundigt sich nach dem Grund für den Unterschied des Preisnachlasses beim Grad der Schwerbehinderung, unter anderem im Mittelrhein-Museum bei 50% (Seite 605) und im Theater (bei 80%). Die Ausschussvorsitzende kündigt eine Prüfung des Sachverhalts an.

RM Altmaier erkundigt sich mit Blick auf das Theater nach möglichen Zuwendungen durch geplante Bundesprogramme „Energie“. Hr. Dietze weist auf unterschiedliche geplante Programme hin, die das Theater immer im Auge habe, um ggf. Anträge einzureichen. Er weist in diesem Zusammenhang auf den laufenden Antrag zum I-Stock-Programm des Landes hin, auf das man sich nach eingehender Prüfung konzentriere, da dieses den höchsten Zuschuss verspreche.

RM Balmes erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand in Sachen „Neuer Standort Stadtarchiv“.

Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass aktuell im Zuge eine Wirtschaftlichkeitsprüfung der Option zur Unterbringung des Stadtarchivs im Schängel-Center eine Alternative (Unterbringung im Kulturbau) gegenübergestellt werde. Das Ergebnis solle in vierzehn Tagen vorliegen und verwaltungsseitig geprüft werden.

RM Balmes erkundigt sich, ob die fortschreitende Digitalisierung für Platzersparnisse Sorge.

RM Schumann-Dreyer erkundigt sich über die Menge des bestehenden Archivguts.

RM Balmes fragt, ob es Überlegungen für eine dezentrale Lagerung des Archivguts gäbe.

RM Altmaier weist darauf hin, dass einer Unterbringung des Stadtarchivs im Kulturbau an Stelle des Romanticums eine Entscheidung des Stadtrats vorausgehen müsse, das Romanticum zu schließen. Das sei bisher nicht Thema und das Romanticum aus seiner Sicht nach wie vor zeitgemäß und attraktiv.

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass die Unterbringung im Schängel-Center eine schnelle Lösung ermögliche. Dies sei auch im Sinne der Mitarbeiter:innen, die unter inakzeptabel Bedingungen arbeiten müssten. Hr. Koelges erklärt, dass beide Varianten ihre Vorteile mit sich brächten. Der Standort Schängel-Center ermögliche einen zügigen Umzug, was im Sinne der Mitarbeiter:innen angeraten sei. Allerdings bräuchte das Archiv dann – im Gegensatz zur Option Kulturbau – zusätzliche Außenlager. Eine zu den Kund:innen und Mitarbeiter:innen räumlich nahe Unterbringung des Archivguts sei aus fachlicher Sicht von Vorteil. Zum Thema Digitalisierung weist Hr. Kölges darauf hin, dass diese einen Prozess darstelle, der über Jahrzehnte das Stadtarchiv beschäftigen werde. Zudem bedeute die Herstellung von Digitalisaten noch nicht, dass die Originale im Anschluss vernichtet werden könnten. Vielmehr sei das Archiv verpflichtet die Originale zu bewahren. Eine kurzfristige Platzersparnis brächte die Digitalisierung daher nicht mit sich.

Aktuell verfügt das Archiv über 1.540 Regalmeter Archivgut. Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, im folgenden Kulturausschuss am 15. Dezember hoffentlich über eine klare Zukunftsperspektive für das Archiv berichten zu können. RM Balmes weist auf die mögliche zusätzliche Unterbringung von Archivgut in Außenlager der Museen hin.

AM Warming erkundigt sich nach der Formulierung auf Seite 623, wonach der Erwerb von Standregalen für einen Umzug ins Schängel-Center vorgesehen sei. Die Ausschussvorsitzende führt aus, dass dieser Erwerb unabhängig vom Standort erforderlich sei. AM Warming fragt nach, ob somit nur der Betrag und nicht der Ort gelte. Die Ausschussvorsitzende bestätigt dies.

